

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands



„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1,20 Mk. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Seitzer Straße 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 50 Pfg. für die einpaltige Zeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen. „Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 47.

Sonnabend, den 23. November 1918.

22. Jahrgang.

## Die Zahlstellenverwaltungen.

Die Demobilisierung ist im vollen Gange; der völkervernichtende Krieg kann als beendet angesehen werden. Die Versöhnungshandlungen werden demnächst beginnen, so daß formell der Friede vor der Tür steht. In den nächsten Tagen werden durch die militärischen Entlassungen in einzelnen Zahlstellen die Kollegen in großer Zahl einströmen. Die Funktionäre des Verbandes haben unverzüglich Sorge zu tragen, daß die Heimkehrer den Weg zum Arbeitsplatz finden. Der Verband hat sich während des Weltkrieges völlig intakt gehalten, seine finanzielle Stärke wurde unbedeutend geschwächt. Die aus dem Felde Heimkehrer werden auch sofort in Erfahrung bringen, daß in Punktzugunzulagen, der Verband seine Schuldigkeit im vollen Maße getan hat.

Große Umwälzungen sind im Reich vorgekommen, die Gewalten sind gestürzt, ein neuer Staat ist im Werden. Dieser weltgeschichtliche Umwälzung war die organisierte Arbeiterbewegung in hervorragender Weise beteiligt. Es muß aber der Gewerkschaften sein, daß sie in Zukunft noch viel zu tun haben wie vor dem Kriege.

Die gewerkschaftliche Organisation ist eine unerläßliche Bedingung. Deshalb, Verbandsfunktionäre, an die Arbeit!

Wählt in allen Orten Kommissionen zum Zwecke des Nachweises der Zurückgekehrten, oder wenn die Rückkehr noch erfolgt ist, des Auffindens der am Orte verbliebenen und sonstigen Angehörigen der Einberufenen.

Besprecht schon jetzt in allen Euren Versammlungen die bestehende Demobilisation und die Pflichten, welche jedem von unsrer Mitglieder daraus erwachsen.

Macht schon jetzt — wenigstens in den großen Zahlstellen die Tagespresse nutzbar im Interesse der entlassenen Arbeiter und deren Erfassung durch die Berufsorganisation. Konfrontiert den Kampf gegen diejenigen Zeitungen, welche die Arbeiter ihre Spalten verlagern.

Die vom Heeresdienst entlassenen Kollegen sollen zu dort Arbeit suchen, wo sie vor ihrer militärischen Einberufung beschäftigt waren. Im übrigen sind die neuangehenden Arbeitsnachweismittel unseres Verbandes zu benutzen. Dort, wo nicht alle Kollegen untergebracht werden können, ist dem Verbandsvorstand sofort Mitteilung zu machen.

Die Ortsverwaltungen haben dafür zu sorgen, daß die letzten Teuerungszulagen im vollen Umfange auch an die dem Felde zurückgekehrten Kollegen bezahlt werden.

Das Versammlungsleben ist umgehend zu heben, es ist in jeder Zahlstelle eine Versammlung abzuhalten. Darin soll die propagandistische Arbeit für den Verband eingeleitet werden.

Über alle wichtigen Vorkommnisse ist im „Steinarbeiter“ zu berichten, damit unsere Kollegen in den abgelegenen Orten ein getreues Spiegelbild über die Lage des Verbandes erhalten.

Unsere Kollegen, tut in den nächsten Wochen und Monaten die Pflicht in voller Weise, seid darauf bedacht, daß die Mitgliederzahl unserer Mitgliederzahlen oberstes Prinzip bleibt.

## An unsere Mitglieder!

Der Beschluß des Leipziger Verbandstages tritt vom 1. Januar 1919 an eine neue Regelung der Verbandsbeiträge ein.

Es beträgt die Beitragsleistung  
1. Klasse 100 Pfg. bei einem Wochenverdienst von über 35 Mk.  
2. „ 80 „ „ „ „ 25 „  
3. „ 60 „ „ „ „ 15 „  
4. „ 30 „ „ „ „ unter 15 „

Da zum Quartalschluß mit der Abrechnung die alten Zeugscheine einzulösen sind, ist es notwendig, daß jeder Zeuge mit seinen Beiträgen auf dem laufenden ist.

Nach der Abrechnung sind rückständige Wochen mit neuen Zeugscheinen zu lösen.

Das neue Markenmaterial wird den Zahlstellen erst dann zugesandt, wenn die Abrechnung erfolgt, und das alte Markenmaterial eingekauft ist.

Für die Kriegsteilnehmer tritt folgender Beschluß des Verbandstages in Kraft:

Mitglieder, die aus dem Militärdienst entlassen werden (es sei sich um Kriegsteilnehmer handelt), und die sich innerhalb 14 Tagen nach ihrer Entlassung bei ihrer Ortsverwaltung anmelden, sind nach ihren bisher geleisteten Beiträgen unternehmensberechtigt.

Die Anmeldung ist im Mitgliedsbuch einzutragen. Einzelzahler melden sich bei der Zentralkasse an.

Für die sich später Meldenden bleibt § 5 Absatz 8 des Statuts bestehen.

## Die deutschen Gewerkschaften zur Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft.

Die Vertreter der Vorstände der Gewerkschaften nahmen am 14. November in einer im Gewerkschaftshaus zu Berlin tagenden Konferenz an der neuen Gestaltung im Reich und den sich daraus ergebenden wirtschaftlichen und sozialpolitischen Notwendigkeiten Stellung. Regien leitete die Verhandlung mit einer kurzen Darstellung der Ereignisse der letzten Woche ein und begrüßt die Umwälzung als eine der größten in der ganzen Weltgeschichte. Die Gewerkschaften haben von einem unmittelbaren Anteil an der Umwälzung auf Wunsch der Parteileitung Abstand genommen. Von der Mitarbeit auf wirtschaftlichem Gebiete werden sie indes nicht ferngehalten werden können, da die gewaltigen Probleme, die rasch gelöst werden müssen, ihre fachverständige Mitwirkung erfordern. Der Redner berichtete dann über den weiteren Verlauf der von der vorhergehenden Vorstandskonferenz gebilligten Schritte zur Verständigung mit den Arbeitgeberverbänden über eine gemeinsame Durchführung der Uebergangswirtschaft. Die Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeitgeberverbände, vor allem der Schwerindustrie, führten zu einer gemeinsamen Eingabe an den Reichskanzler mit der Forderung der Errichtung eines besonderen Reichsamts für die Uebergangswirtschaft mit zwei Staatssekretären. Die Eingabe wurde durch eine Verhandlung beim Reichskanzler unterstützt. Es gelang, nach dringenden Vorstellungen, die alte Regierung zur Annahme dieser Forderungen zu veranlassen. Als Staatssekretär für die neue Demobilisationsbehörde wurde der bisherige Leiter der Kriegswirtschaftsabteilung, Dr. Koch, und der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts, Dr. Wislizen, in Aussicht genommen. Auch die Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeitgeberverbände über die Grundzüge des Zusammenwirkens während der Uebergangswirtschaft kamen zum erfolgreichen Abschluß, da von beiden Seiten Wert darauf gelegt wurde, das Wirtschaftswesen durch das Zusammenwirken der in Betracht kommenden Wirtschaftskräfte aufrechtzuerhalten und in normalen Gang zu bringen. Insbesondere waren sich die Vertreter der Arbeiterbewegung, deren Wortlaut im Anschluß an diesen Bericht wiedergegeben, soll zunächst der Volkserziehung zur Anerkennung unterbreitet werden, und es ist zu hoffen, daß es dann gelingt, aller Schwierigkeiten der Demobilisation und der Uebergangswirtschaft Herr zu werden. Was in dieser Hinsicht erreicht ist, erfüllt alle bisherigen gewerkschaftlichen Forderungen und wird die Arbeiterbewegung voll und ganz befriedigen.

Im Anschluß daran berichtet der Vorsitzende des Landarbeiterverbandes, daß er und der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gärtnerevereins mit den Arbeitgeberverbänden in der Landwirtschaft Verhandlungen eingeleitet habe, um landwirtschaftliche Arbeitsordnungen durchzuführen. Auch sind Schritte bei der neuen Regierung getan, um die neu errichteten Bauernräte in Bauern- und Landarbeiterräte umzugestalten.

Dann berichtete Leppart über seine Verhandlungen mit dem Leiter des neuen Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisation.

An der Aussprache über die weiteren Vorlesungen wird gewünscht, daß die Arbeiter der schleunigst über die Weiterentwicklung der übernommenen Aufgaben in Kenntnis gesetzt und ihnen die Beschäftigung dafür gesichert werde. Darauf wird erwidert, daß Ferngespräche nur insoweit weiter auszuführen werden sollen, soweit die Arbeiter nicht mit anderen Arbeiten beschäftigt werden können.

Nachmittagsstimmung

Regien teilte mit, daß weitere Arbeitgeberverbände sich den Vereinbarungen angeschlossen haben.

Der Bund der Rechten der Reichs-Eisenbahnen beantragt den Ausschluß an die Generalkommission. Es sei aber zweckmäßig, den Rechten zu erlauben, zunächst einen Kartellvertrag mit dem Eisenbahnerverband und den anderen Eisenbahnerverbänden abzuschließen, um eine einheitliche Vertretung der Arbeiterbewegung der Eisenbahnen zu gewährleisten.

Brunner berichtet über die bisherigen Bestrebungen, einen solchen Kartellvertrag zu schließen. Er empfiehlt in der gegenwärtigen Situation von dem Ausschluß abzusehen, bis diese Verhandlungen zu Ende geführt sind.

Die Konferenz schloß sich dem an. Leppart gibt auf Anfrage Auskunft über die Durchführung des Kartellvertrages mit den Arbeiterverbänden. Der Ausschluß steht mit dem Tage der Unterzeichnung in ganz Deutschland in Kraft. Wenn einzelne Arbeitgeberorganisationen dem Kartell nicht beitreten wollten, ist es Sache der betreffenden Gewerkschaft, sie sofort dazu zu zwingen.

Die Zeitliche lautet:  
Die großen Arbeitgeberverbände vereinbaren mit den Gewerkschaften der Arbeitnehmer folgenden:

1. Die Gewerkschaften werden als berufene Vertretung der Arbeiterbewegung anerkannt.
2. Eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen ist unzulässig.
3. Die Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände werden die Fortwähren einer (die von Wirtschaftswirtschaftlichen Vereinen) fortlos vollkommen sich selbst überlassen und sie weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen.
4. Einkünfte aus dem Heeresdienst zurückgekehrten Arbeitnehmer haben Anspruch darauf, in die Arbeitsstelle sofort nach Wiedereintritt einzutreten, die sie vor dem Kriege innehatten. Die bei Kriegsende zurückgekehrten und Arbeitslosenverbände werden dahin vertreten, daß durch Beschaffung von Arbeitsplätzen und Arbeitsstellen diese Verpflichtung in vollem Umfange durchzuführen werden kann.
5. Gemeinliche Regelung und paritätische Verwaltung des Arbeitsmarktes.
6. Die Arbeitsbeschreibungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind entsprechend den Verhältnissen des betreffenden Gewerkschafts durch Kollektivvereinbarungen mit dem Parteivereinigungen der Arbeitgeber zu beschließen.
7. Die Verhandlungen hierüber sind ohne Verzögerung aufzunehmen und schleunigst zum Abschluß zu bringen.

Für jeden Betrieb mit einer Arbeiterzahl von mindestens 50 Beschäftigten ist ein Arbeiterausschuß einzurichten, der die in den Kollektivvereinbarungen mit dem Parteivereinigungen der Arbeitgeber vertreten und in Gemeinschaft mit dem Parteivereinigungen der Arbeitgeber zu beschließen hat, daß die Verteilung des Arbeitsmarktes nach Maßgabe der Kollektivvereinbarungen geregelt werden.

8. In den Kollektivvereinbarungen sind Schlichtungsansprüche bzw. Einigungsämter vorzusehen, bestehend aus der gleichen Anzahl von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern.
9. Das Höchstmaß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit wird für alle Betriebe auf acht Stunden festgesetzt. Verdienstminderungen aus Anlaß dieser Verkürzung der Arbeitszeit dürfen nicht stattfinden.
10. Zur Durchführung dieser Vereinbarungen, sowie zur Regelung der zur Demobilisierung, zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und zur Sicherung der Existenzmöglichkeit der Arbeiterbewegung, insbesondere der Schwertriebsbeschäftigten, zu treffenden weiteren Maßnahmen wird von den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen ein Zentralausschuß auf paritätischer Grundlage mit beruflich gegliedertem Aufbau errichtet.
11. Dem Zentralausschuß obliegt ferner die Entscheidung grundsätzlicher Fragen, soweit sich solche namentlich bei der kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ergeben, sowie die Schlichtung von Streitigkeiten, die mehrere Berufsgruppen zugleich betreffen. Seine Entscheidungen haben für Arbeitgeber und Arbeitnehmer verbindliche Geltung, wenn sie nicht innerhalb einer Woche von einem der in Frage kommenden beiderseitigen Berufsverbände angefochten werden.
12. Diese Vereinbarungen treten am Tage der Unterzeichnung in Kraft und gelten, vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, bis auf weiteres mit einer gegenseitigen dreimonatigen Kündigung.

Diese Vereinbarung soll sinngemäß auch für das Verhältnis zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Angestelltenverbänden gelten. Zuvor beantragt, das Verbot der privaten und gewerblichen Stellenvermittlung gegen Entgelt sofort zu fordern.

Die Konferenz stimmt dem Antrage zu.

Über die Stellung der Gewerkschaften in der Revolution wurde allgemein die Notwendigkeit betont, daß sich die Gewerkschaftsfunktionäre überall den Arbeiter- und Soldatenräten zur Verfügung stellen, um die gewollten Aufgaben auf wirtschaftlichem Gebiete zu lösen. Einmütigkeit bestand auch über die Notwendigkeit einer schleunigen Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung; bei den Wahlen der Abgeordneten zu dieser Versammlung dürfen die Gewerkschaften ebenfalls nicht untätig bleiben.

Sodann teilte Regien mit, daß die Vereinbarungen mit den Arbeitgeberverbänden von den Leitern der neuen Volksregierung unterzeichnet worden seien.

Weiter berichtet Regien, daß bereits Schritte zur Einberufung einer internationalen Gewerkschaftskonferenz getan seien, die zu gleicher Zeit und am gleichen Orte der Friedensverhandlungen vorgehalten sei. Als Tagesordnung ist vorgeschlagen:

1. Neues Statut des Internationalen Gewerkschaftsbundes.
2. Sicherung des Internationalen Sekretariats.
3. Die Friedensforderungen der Gewerkschaften (Credner und Berner Programm).
4. Wahl einer Kommission von Gewerkschaftsvertretern zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen.

Die Konferenz stimmte der Einberufung einer internationalen Gewerkschaftskonferenz zu und war auch mit der vorgeschlagenen Tagesordnung einverstanden. Die deutsche Delegation wird auf 10 Vertreter bestimmt, wofür die Gruppierung bei der Delegation zur Berner Konferenz 1917 beibehalten wird.

Der Vorsitzende der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, Dr. Sorge, macht die Mitteilung, daß er die Vereinbarung mit den Gewerkschaften namens seiner Gruppe unterzeichnet habe.

Nach kurzen geschäftlichen Mitteilungen fand die Konferenz ihren Abschluß.

## Zur Sicherung der Uebergangswirtschaft.

In wenigen Tagen hat sich in Deutschland eine völlige Umgestaltung aller politischen Machtverhältnisse vollzogen. Das monarchische Deutschland der Kaiser- und Kaiserzeit ist zu Grabe getragen. Das Volk ist im Besitz der Staatsgewalt und hat die Verantwortung der republikanischen Verfassung auf demokratischer Grundlage über sich selbst übernommen. Diese Umwälzung ist die Voraussetzung für die Erringung der Freiheit und der Demokratie. Die Arbeiterbewegung hat sich in dieser Hinsicht als die treueste und tapferste Kraft erwiesen. Sie hat die Verantwortung der Verfassung übernommen und hat die Freiheit und die Demokratie erkämpft. Die Arbeiterbewegung hat sich in dieser Hinsicht als die treueste und tapferste Kraft erwiesen. Sie hat die Verantwortung der Verfassung übernommen und hat die Freiheit und die Demokratie erkämpft.

Die Arbeiterbewegung hat sich in dieser Hinsicht als die treueste und tapferste Kraft erwiesen. Sie hat die Verantwortung der Verfassung übernommen und hat die Freiheit und die Demokratie erkämpft. Die Arbeiterbewegung hat sich in dieser Hinsicht als die treueste und tapferste Kraft erwiesen. Sie hat die Verantwortung der Verfassung übernommen und hat die Freiheit und die Demokratie erkämpft.

den auf Jahre hinaus. Sie bedeutet die Erleichterung des geordneten wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbaues aus dem Abgrund der Verelendung. Das kann niemand wollen, der es ernst mit dem deutschen Volke und mit der Ueberwindung der schrecklichen Leiden des Weltkrieges meint.

Der Wiederaufbau des Wirtschaftslebens kann auch nicht das Werk einzelner Klassen sein. Alle Volkskräfte in Stadt und Land müssen zusammenwirken, um diesen Zweck möglichst bald zu erreichen. Alle Wirtschaftsverbände müssen mitarbeiten, um die Volkswirtschaft auf den Friedensstand einzustellen. Alle müssen ein Teil der Verantwortung über sich nehmen, daß der Arbeiter und der Angestellte an seinen Platz, zu Arbeit und lohnendem Verdienst gelangt, daß Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend möglichst vermieden werden. In dieser Verantwortung aller Klassen hat auch die preke politische Umwälzung der letzten Tage nichts geändert. So gewaltig sonst ihre Wirkungen sind, denn auch in der Republik will die Bevölkerung leben und das geordnete, alles zum Leben Notwendige ohne Störung zu erzeugen.

Von dieser Verantwortung durchdrungen, haben die gesamten Wirtschaftsverbände des deutschen Volkes, unbeschadet ihrer bestehenden Abgrenzung, sich zu einem einheitlichen Zusammenwirken für die Durchführung der Uebergangswirtschaft verknüpft. Sie haben erkannt, daß gemeinsame Interessen und Kämpfe das große Werk des wirtschaftlichen Wiederaufbaues nicht hindern dürfen und Mittel und Wege gefunden, um Schwierigkeiten zu überwinden, die in solch schwerer Zeit dem Gemeinwohl schaden könnten. Wie bei Kriegesbeginn in zahlreichen Gewerkschaften, Arbeitervereinen und Berufsverbänden, so ist die Ueberwindung der Schwierigkeiten durch die Zusammenarbeit der Arbeiter, der Angestellten aller Richtungen, der Anstaltensverbände und der großen Arbeitgeberverbände eine Arbeitsgemeinschaft für die Uebergangswirtschaft bilden. Die auf der Anerkennung folgender Grundsätze aufgebaut ist:

Die Gewerkschaften und Angestelltenverbände werden von den Arbeitgebern als Wirtschaftsverträtungen der Arbeitnehmer anerkannt. Die Arbeitgeber verpflichten sich, die Gewerkschaften als gleichberechtigte Partner zu überlassen und sie weder durch Geldmittel noch auf andere Weise ferner zu unterstützen. Die Arbeitsbedingungen werden durch gegenseitige Vereinbarungen geregelt. In allen Betrieben werden paritätische Schlichtungsausschüsse und Einigungsämter eingesetzt. In allen Betrieben mit mindestens 50 Arbeitern bzw. Angestellten werden Arbeiter- und Angestelltenräte gewählt, die sich mit den Arbeitgebern über alle Fragen des Betriebes verständigen. Alle Arbeiter und Angestellten sollen in den vor dem Kriege innegehabten Arbeitsstellen wieder eingesetzt und beschäftigt werden. Die Arbeitszeit soll auf acht Stunden herabgesetzt werden. Ueber die Lohnfragen soll eine Verständigung herbeigeführt werden. Der Arbeitsnachweis soll in allen Betrieben paritätisch organisiert und geleitet werden. Ein paritätischer Zentralausschuss der Arbeitgeber- und Arbeiterverbände soll in Gemeinschaft mit dem Staatsrat für Uebergangswirtschaft alle Fragen der Richtig- und Arbeitsbeschaffung, Betriebsumstellung und Beschäftigung regeln. Er wird Sorge für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und Sicherung der Existenzmöglichkeit der Arbeitnehmer, insbesondere der Schwermittelbeschäftigten, treffen.

Dieses Abkommen gewährleistet dem deutschen Volke nicht nur eine höhere Durchführung der Uebergangswirtschaft, sondern sichert der Arbeiterklasse auch die Anerkennung der Organisation und einen weitgehenden Einfluß auf die inneren Betriebsverhältnisse. Der konstitutionelle Betrieb ist damit zur Tatsache geworden, sobald die Arbeiterklasse sich zur Wehrung ihrer wirtschaftlichen Interessen zusammenschließt und die geeigneten Organe in den Betriebsausschüssen schafft.

Die Vorteile eines solchen Abkommens für die Interessen der Arbeiter und Angestellten liegen so klar auf der Hand, daß jeder einsehende und seiner Verantwortung bewusste Staatsbürger dessen Zustandekommen nur wünschen kann. Aber dieses Zusammenwirken zur Sicherung der Uebergangswirtschaft hängt nicht allein von den beteiligten Wirtschaftsverbänden, sondern auch von der volkswirtschaftlichen Einwirkung der Regierung ab, die gegenüber den wirtschaftlichen Einflüssen im Reich haben, von den Arbeiter- und Soldatenräten. Obwohl wir voraussetzen, daß ein großer Teil der Mitglieder derselben durch die gewerkschaftliche Schule geprägt und imstande ist, die für die gegenwärtige Zeit richtige Entscheidung zu treffen, so dürfen die Gewerkschaften doch nicht veräumen, mit diesen Bestimmungen des Volkes Forderung zu nehmen und sie über die große Bedeutung der Wirtschaftsverbände für den Wiederaufbau der Volkswirtschaft zu unterrichten. Wer allem wahren die kritischen Gewerkschaften sich zur Arbeit zur Verfügung stellen und mit den Arbeiter- und Soldatenräten darin wirken, daß die Uebergangswirtschaft sich so vollzieht, daß Hunger und Elend vor der Masse der Bevölkerung ferngehalten wird. Es handelt sich nicht um einen Ausgleich der Interessen von Arbeitgebern und Arbeitern, es handelt sich um das ganze Volk in der schweren Stunde seines Schicksals. Wer da mit seiner Entscheidung weigern kann, der hat das Gebot der Stunde nicht begriffen.

## Für die Einheit der deutschen Sozialdemokratie.

Die gesamte Gewerkschaftsbewegung begrüßt mit aufrichtiger Freude im Interesse der eigenen Gewerkschaften den großen Umsturz, der sich in den letzten Wochen in Deutschland vollzogen hat. Den Hauptanstoß aber legt sie auf das Zusammenwirken der beiden sozialdemokratischen Richtungen in der Regierung und in den Arbeiter- und Soldatenräten. Sie nimmt diese gemeinsame Arbeit, die namentlich durch die Soldaten erzwungen worden ist, als ein Zeichen der notwendigen und nahe bevorstehenden Wiedervereinigung der beiden Richtungen mit Genugtuung auf, in die sich die deutsche Sozialdemokratie gespalten hat.

Namentlich die Reichsarbeiterbewegung betont in zwei hervorragenden Zeitungsartikeln die Unabwendbarkeit der Einheit in der Arbeiterbewegung. In einem Artikel an die Verbandsmitglieder jagt der Reichsarbeiter, die Forderungen der Arbeiter könnten nur dann mit Aussicht auf Erfolg verwirklicht werden, wenn die Arbeiter aller Länder einig und geschlossen für sie eintreten. Treueschicksal an der Organisation und Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung seien ihm die höchsten Arbeitserfordernisse. Das ist gerade und wer ohne Bewußtsein der geschichtlichen Stunde handeln, verurteilt sich gegen sein Volk und am Werke der Freiheit. In einem redaktionellen Zeitungsartikel erklärt die Reichsarbeiterbewegung die Bedeutung, daß die Uebergangswirtschaft der Zukunft möglich sein wird, und daß möglichst bald die Arbeiter zu einer deutschen Arbeiterbewegung zusammengeführt werden. „Was aber helfen wir, wenn wir nicht einig sind,“ heißt die Reichsarbeiterbewegung, „was die deutsche Arbeiterbewegung besonders in den letzten Jahren erzwungen hat. Was ist die deutsche Arbeiterbewegung, die sich nicht einig ist, was sie tun will, was sie tun kann, was sie tun muß? Die deutsche Arbeiterbewegung ist nicht einig, was sie tun will, was sie tun kann, was sie tun muß.“

„In dem gleichen Sinne liegt die Arbeiterbewegung. Mit ganz besonderer Freude begrüßt sie auch die Revolution die beiden sozialdemokratischen Richtungen wieder zu einheitlicher Arbeit zusammengeführt hat. In der Zeit der Revolution der Arbeiterbewegung steht die Arbeiterbewegung einig und geschlossen für die Arbeiter aller Länder ein. Die Arbeiterbewegung der Arbeiterbewegung ermöglicht. Ein Zusammenwirken der Arbeiterbewegung ist und das von dem Arbeiterbewegung erzwungen ist. Die Arbeiterbewegung erzwungen ist, die Arbeiterbewegung der Arbeiterbewegung des Arbeiterbewegung. Des einigartigen, Zusammenwirkens der Arbeiterbewegung ist und das von dem Arbeiterbewegung erzwungen ist. Die Arbeiterbewegung erzwungen ist, die Arbeiterbewegung der Arbeiterbewegung des Arbeiterbewegung.“

„In dem gleichen Sinne liegt die Arbeiterbewegung. Mit ganz besonderer Freude begrüßt sie auch die Revolution die beiden sozialdemokratischen Richtungen wieder zu einheitlicher Arbeit zusammengeführt hat. In der Zeit der Revolution der Arbeiterbewegung steht die Arbeiterbewegung einig und geschlossen für die Arbeiter aller Länder ein. Die Arbeiterbewegung der Arbeiterbewegung ermöglicht. Ein Zusammenwirken der Arbeiterbewegung ist und das von dem Arbeiterbewegung erzwungen ist. Die Arbeiterbewegung erzwungen ist, die Arbeiterbewegung der Arbeiterbewegung des Arbeiterbewegung.“

gründet war. Man war sich nicht einig über den Weg zum Ziel; als aber die Verhältnisse reif waren und es zum endgültigen Sturm auf die Feste der Reaktion und an den ersten Schritt zur Verwirklichung des Zieles selber ging, da fanden sich in einem großen Teil Deutschlands wieder alle Gruppen der proletarischen Bewegung als Brüder zusammen. Die baptrischen Sozialisten gingen mit gutem Beispiel voran, und ihr Beispiel wirkte und zündete im ganzen Reich. Wir, die wir hier mit Rücksicht auf die kommenden Kämpfe stets lebhaft den Gedanken der Einheit der sozialistischen Bewegung vertreten haben, freuen uns dieser Entwicklung ganz besonders. Die Einheit der proletarischen Bewegung scheint uns die beste Bürgschaft für die Erhaltung und den Ausbau des Errungenen zu sein.“

„So klingt es aus allen Gewerkschaftsblättern, aus den Organen der großen wie der kleinen Verbände. In der „Bäckerzeitung“ wird es offen ausgesprochen, daß es ein Verbrechen an der Revolution selber sei, wenn heute noch eigenrinnige Charaktere die Streitkräfte zergraben wollen und die unheilvolle Entzweiung der proletarischen Bruderparteien weiter aufrechterhalten. Das deutsche Proletariat müsse sein Geschick auf der ganzen Linie wieder gemeinsam in die Hand nehmen.“

Auch in den Kreisen der Parteigenossen sind wir überall auf die gleiche Ueberzeugung gestoßen. An der unabhängigen Sozialdemokratie wird es nun sein, zu erklären, ob auch sie den Streit um die Kriegspolitik, der uns getrennt hat, der Vergangenheit und dem Urteil der Geschichte überantworten will, um der gebieterischen Forderung des Tages nach Einigkeit gerecht zu werden.

Ungeheuer große und schwere Aufgaben halten diejenigen in Bann, die bisher die Partei geführt haben. Aber die Wiedervereinigung der getrennten Parteien, die sich oben in der Regierung und unten in den kämpfenden Soldaten und Arbeitermassen während der Revolutionsstage vollzogen hat, ist eine Angelegenheit von so ungeheurer Bedeutung, daß sie keinen Aufschub duldet. Sie kann nicht im einzelnen Parteigebiet, sondern nur in zentralen Verhandlungen von Parteileitung zu Parteileitung gelöst. Wegen deshalb die Führer auf dem Posten sein und dem Gebot der Stunde nachkommen.

Die „Leipziger Volkszeitung“ wörtlich allerdings schon wieder gegenüber dieser Einigkeit, wie auch in Leipzig die unabhängige Sozialdemokratie jedes Zusammenarbeiten mit der alten Partei direkt ablehnt.

In den größeren Zahlstellen sind **Arbeitsvermittlungstellen** eingeführt. Die aus dem Heeresdienst entlassenen Kollegen haben sich dieser **Neueinrichtung zu bedienen**. Arbeit ist nur dort zu nehmen, wo die **ordnungsgemäßen Teuerungszulagen bezahlt werden**. Firmen, die etwa **Lohnkürzungen beabsichtigen**, sind unverzüglich der **Verbandsleitung bekanntzugeben**.

## Zur 4. Teuerungszulage.

Deutscha. Ab 15. November kam eine Zulage von 10 Prozent, ab 15. Dezember kommt dann noch eine Zulage von 10 Prozent hinzu. Der Höchstsatz beträgt dann immerhin erst 50 Prozent. Herr Günther, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Steinindustrieller sagen die Arbeiter von dieser Stelle aus, daß sie in Zukunft die Verhandlung über Lohnfragen nur dann mit ihm führen, wenn auch unsere Verbandsleitung hinzugezogen wird. Die besondere Schaulheit, die Herr Günther an den Tag legen will, haben die Deutscher Steinarbeiter satt.

## Was bringt die Revolution der Baukunst?

Von Bruno Laut.  
Was bringt die Revolution der Baukunst? Alles. Die Architektur wird von der Masse getragen, sie ruht auf den Schultern des Volksganges. Nur dann ist sie groß, frei durchdringt die Masse ein großes Gefühl, dieses Gefühl ruft nach Gestalt und ist selbst Architektur. Auf breit ausladendem Fundament ruht sich ein herrlicher Bau in den Gemütern aller Menschen auf, er strebt zum Himmel; der stolze Militarismus gestürzt und getrümmert, die Bedrückten und Verzagten befreit, alle ohne Rang und Klasse, nur Menschen, und die Menschen eins in der Menschheit.

Was in jedem einzelnen widerklingt und sich in der großen Einheit findet — es muß Gestalt und Ausdruck gewinnen in der Seele der Architekten. Es ruft: Aufbau! Nun trennt keine Kluft den früher trauzig einsamen Künstler vom Volk, nun kann er leicht und frei schaffen, muß nicht mehr erfinden und komponieren, sondern sein Werk ist Kristallisation der Empfindungen der Gemeinschaft. Wir Architekten haben nun einen Boden, unser Werk wird die Menge hinreichend, ihre Seele beschwingen und voll Zufriedenheit erfüllt als Architekt und Zeichen der alle umfassenden Empfindung.

Die Architektur ist nichts ohne den breiten Boden der Masse. Deshalb war sie auch vor dem so dürrig und jeder Anlauf brach man zusammen. Jetzt aber darf sie wieder elementar und primitiv sein, endlich und einfach, schmucklos-heiter und voll Lebensfreude. Vor dem war alles durchkreuzt von Nebenabsichten, jetzt wird es unmittelbar und brennend sein. Was die Masse in großen Verantwortungen vereint, in Feiern, sei es für Beistattungen, für Einigungsstöße im Jubel über Erreichtes und noch Gewolltes oder große Volkserhebungen, — das wird nun Formen finden, die hinreichend, und der elementare Klang der Formen wird ein Widerhall der Massenesele sein, eins das andere beflügelnd.

Materiell schwer und trübe ist die Zukunft. Aber nicht schwer und trübe ist das, was in den Gemütern lebt. Die Anbetung der Materie ist vorbei und mit ihr die Ueberhöhung des Materials. Wenn wir auch vorläufig ernst und ibarim im Neuzerker der Not des Tages dienen müssen, in der Ueberwindung der Wohnungsnot, im Bau von Kleinbauten und im Besiedeln des freizumachenden Landes — es wird schließlich, heiter und lebensfreudig gelassen, und um so leichter, je stärker der Architekt sich auf die Masse stützen und ihr auch das große Ideal gestalten kann.

Reineswegs sind es reiche Zeiten, die das größte Wollen haben. Der Gekümmte will nichts, aber der Ungekümmte will nicht bloß Brot. Er will Brot und Frieden, und seinen Frieden sichtbar haben. So wird uns die Zeit der Wammerk beschweren, alle Gemüter hauen heute und aus ihren Seelen wird das Baumwerk herauswachsen, das alle zusammenhält und allen Frieden und Ziel ist. Das große Wollen hat Tragweite, so weit, daß es nicht drängt, seine Grenzen zu erleben. Ein großer Plan steht, er wird in einem großen Bau erfüllt werden, einem Volksbau auf freiem Lande, gebildet aus einer Gruppe von Bauten für Musik, Theater und Kultur; das Ganze ein Kulturbau, groß begonnen. Es kann so lange bis zur Vollendung dauern, daß wir sie vielleicht nicht mehr erleben. Er umfaßt mit seinen Hügeln alle Künste; Malerei und Plastik werden in ihm geborgen sein. Dann aber brauchen sie nicht mehr als aufhängendes Tafelbild oder in Säulen aufgestellte Plastik und in Steinern, die wir Statuen nennen, ihr Leben zu fristen. Die Kunst ist dann etwas anderes als Genuß für den Reichen, nicht „Kaviar für das Volk“. Sie ist das Volk selbst, sein Glück und sein Leben.

Das Volk wird keine Normen wollen, nicht die Formen, die auf Akademien gelehrt sind. Die Akademien haben keinen Zusammenhang mit ihm und alle Ziele, Parox, Renaissance, Gotik, Romanik, werden dann ebenfalls zum alten Klunder geworfen wie die „unbekannten“ begrifflichen Konstruktionen aus der Region der Zweckkunst, Raumkunst, Schmuckkunst usw. Die Dinge brauchen nichts

zu repräsentieren, sie können einfach das sein, was sie sind. Kunst wird beglücken, braucht nichts nachzuahmen, weder in die Natur noch im Bau die alle Zeit. Sie ist selbst Natur und keine Schranken außer ihrer inneren Notwendigkeit. Dem Leben stehen wieder alle Stoffe zur Verfügung. Das Schöne verschwindet, die Farbe leuchtet wieder an den Häusern jeder guten Zeit, und das Glänzende, Funkelnde ist nicht mehr nötig. Das Glas erstrahlt und „gibt dem ganzen Baum Wasser einer Perle“ (Claudel).

Alle sind wir Bauende. Niemand fragt nach dem Architekt er geht auf im Dienst des Ganzen wie der Priester im Dienst der Gottheit. So wollen wir Bauende der neuen reineren Kultur

## Zur Lage der oberfränkischen Granitindustrie.

Ueber dieses Thema schreibt der „Steinbruch“:  
In den Granitsteleferien Oberfrankens machte sich im Sommer dieses Jahres die Knappheit an schwedischen Rohgestein stärker geltend, zumal die letzten Lagerbestände aus der denzzeit her aufgebraucht sind. Die Gefahr, daß die Beschäftigungsmöglichkeit vollständig aufhört, ist bedenklich nahe gerückt. Wollte man die Beschränkungen nicht bereits vorgenommen werden, der Mangel an geschulten Arbeitskräften immer größerer würde.

Seider sind die Aussichten bezüglich der Zufuhr schwedischer Gesteine nur gering. Die Einfuhr dieses Rohmaterials muß vor mit Rücksicht auf den ungünstigen Stand unserer Valuta gelassen bleiben. Dabei ist der ungehinderte Bezug von schwedischen Gesteinen für die oberfränkischen Granitsteleferien eine Lebensfrage. Inwieweit ein Ausgleich zwischen den Interessen der Granitindustrie und denen des Staats zu schaffen ist, läßt sich schwer sagen. Es ist kaum anzunehmen, daß in der Richtung etwas Positives zu erwarten ist. Eins aber steht schon heute fest: Sobald der Mangel an Rohmaterial sich nicht durch andere Mittel beheben läßt, wird die oberfränkische Granitindustrie im Interesse der Zufuhr schwedischer Rohgesteine zu erröthen.

Betriebsstörungen hat in der letzten Zeit in der Granitindustrie auch der Umstand verursacht, daß das notwendige Personal zur Standhaltung der Steinbearbeitungsmaschinen fehlt. Dagegen sind Störungen, die durch die Kohlenknappheit bzw. durch die Schwierigkeiten im Bezug von Heizstoffen hervorgerufen wurden, im Sommer nicht beobachtet worden. An Heizmaterialien war im Winter Mangel. Bezüglich der Wagenstellung sind in den letzten Monaten Klagen nicht laut geworden; die Eisenbahn ist den Anforderungen verhältnißmäßig und reiflich gerecht geworden.

Aufträge sind laufend eingegangen; jedenfalls hat es an Aufträgen nicht gefehlt. Die Bestellungen auf Grobdenkmäler im Steigen boorissen. Trotzdem wird die oberfränkische Granitindustrie nach Friedensschluß alles versuchen müssen, um neue Aufträge zu erhalten. Denn die Nachfrage nach den Erzeugnissen der Granitindustrie ist im Kriege stark zurückgegangen, die Granitindustrie sucht nach neuen Aufträgen. Vorzüglich geeignet zur Anknüpfung neuer Aufträge sind die Granitindustrie und zur Erzielung guter Aufträge — ohne die nötigen Geschäftspfeifen erforderlich wären — dürfte die alljährliche Frühjahr und Herbst in Leipzig in Anlehnung an die berühmten Leipziger Messen stattfinden Baustelle sein.

## Korrespondenzen.

Krusdorf (O.-L.) Am Sonntag, dem 10. November, fand im Brauerei seit längerer Zeit wiederum eine Versammlung statt. Nachdem Kollege H. Michael die Kasienverhältnisse und die Arbeit der hiesigen Zahlstelle bekanntgegeben, erhielt Kollege W. J. für-Baum das Wort, um über die Verhandlungen des Verbandes Bericht zu stellen. In ausführlicher und verständlicher Weise berichtete nun Redner über die Verhandlungen und Beschlüsse des Verbandes. Er erzielte dann noch verschiedene Aufschlüsse betriebsmäßig und schloß dann seine interessanten Ausführungen mit Wünschen, das im neuen Deutschland, fernerhin die Arbeiter eine reiche Stellung einnehmen sollten. Hierauf fand noch eine Diskussion statt, bei der die Kollegen in dem Punkte „Beitragserhöhung“ geteilter Meinung waren. Nachdem dann der Vorsitzende die Kollegen ermahnt hatte, fest und treu zum Verbands zu halten in dieser schweren Zeit, wurde die Versammlung geschlossen. Der Verband hat einen festen Stützpunkt.

## Allgemeine Bekanntmachung.

Kameng. Sämtliche aus dem Felde und den Garnisonen zurückkehrende Kollegen haben sich, bevor sie bei einer Firma die Arbeit aufnehmen, bei unserer Arbeitsnachweismittlungsstelle, bei Kollege Karl Biese, Kameng, Angenstraße 5, inne hat, zu melden.

## Anzeigen

## 2 Granit-Steinmehel

bei gutem Lohn und dauernder Beschäftigung sofort gesucht. Granitwert Hermann Köhl & Co., Wolgast i. Pom.

## Gesucht wird ein

## schreibgewandter Kriegsbeschädigter

für ein Lohnbureau im Erzgebirge. Wochenlohn vorläufig 35 Mark. Reisekosten können vergütet werden. Näheres erfragen durch die Expedition des „Steinarbeiters“.

## Im Felde gefallen

find nachstehende Kollegen:

- Wilhelm Bloss, 40 Jahre alt, aus der Zahlst. Selb.
- Anton Czabka, 25 J. alt, a. d. Zahlst. Wunsiedelburg.
- Hans Ebert, 41 Jahre alt, aus der Zahlst. Selb.
- Wilhelm Runge, 43 Jhr. alt, aus d. Zahlst. Bremen.

Ehre ihrem Andenken!

(Wir erlauben die Vertrauensleute, daß auch bei der Bestattung über die im Felde Gefallenen das Todesanstellungsformular angefüllt wird.)

## Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingeleitet werden)

- In Gränsfeld am 7. November der Musikfeldkapellmeister Michael Krämer, 42 Jahre alt, an Grippe.
- In Deutscha am 10. November der Granitsteinmehel Alos Kaufmann, 48 Jahre alt, an Lungenblutspinnung.
- In Dürr-Krusdorf der Granitsteinmehel Robert Jockisch, 28 Jahre alt, an Halsleiden.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Alois Staudinger, Berlin Paul Starke, beide in Leipzig. Rotationsdruck der „Freien Presse“ Leipzig, Königstraße 5.